Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9111**

16. Wahlperiode 07. 05. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**a) zu dem Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke, Michael Leutert, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/4203 –**

Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Sri Lanka

**b) zu dem Antrag der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Undine Kurth (Quedlinburg), Monika Lazar und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/4427 –**

Asylsuchende aus Sri Lanka besser schützen

A. Problem

In den Anträgen wird dargelegt, dass sich die Sicherheits- und Menschenrechtssituation in Sri Lanka seit der zweiten Jahreshälfte 2006 kontinuierlich verschlechtere und die Zahl von Menschenrechtsverletzungen und Binnenvertreibungen ansteigen lasse.

Vor diesem Hintergrund soll die Bundesregierung mit den Anträgen insbesondere aufgefordert werden, sich gegenüber den Bundesländern für eine Aussetzung der Abschiebungen von Flüchtlingen aus Sri Lanka gemäß § 60a Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) einzusetzen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4203 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4427 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/4203 bzw. Annahme des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/4427.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/4203 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/4427 abzulehnen.

Berlin, den 23. April 2008

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Hans-Werner Kammer
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Hans-Werner Kammer, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

I. Zum Verfahren

1. Überweisung

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/4203** und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/4427** wurden in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. März 2007 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 37. Sitzung am 21. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4203 abzulehnen, sowie mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4427 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 33. Sitzung am 21. März 2007 empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4203 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie den Antrag auf Drucksache 16/4427 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP abzulehnen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 31. Sitzung am 21. März 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/4203 empfohlen und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/4427 abzulehnen.

Darüber hinaus hat der Ausschuss zu den Anträgen folgende Stellungnahme der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen:

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe ist in großer Sorge über die menschenrechtliche und humanitäre Lage in Sri Lanka, das sich faktisch im Kriegszustand befindet. Zunehmend zählen Zivilisten zu den Opfern der Gewalt. Es finden schwere Menschenrechtsverletzungen statt; die humanitäre Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten ist insbesondere in Jaffna nicht mehr gesichert. Die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge steigt täglich.

Sowohl die aktuellen Berichte des Auswärtigen Amts als auch jene von UNHCR und OCHA beschreiben eindringlich die Eskalation des Bürgerkrieges im Norden und Osten und die sich verschlechternde Sicherheitslage im bislang verschonten Süden und Westen der Insel einschließlich der Hauptstadt Colombo. Laut UNHCR gibt es für srilankische Staatsangehörige und insbesondere für Tamilen keine realistische innerstaatliche Fluchtalternative.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe empfiehlt dem federführenden Innenausschuss, über die Bundesregierung auf die Länder und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einzuwirken, damit die Schutzgesuche srilankischer Staatsangehöriger besonders vor dem Hintergrund der Erkenntnisse von Nichtregierungsorganisationen sorgfältig geprüft werden. Deren Stellungnahmen sollten auch in die Entscheidung über die Abschiebung von in Deutschland lebenden geduldeten srilankischen Flüchtlingen einfließen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat die Anträge auf Drucksachen 16/4203 und 16/4427 in seiner 66. Sitzung am 23. April 2008 abschließend beraten. Die Bundesregierung hat vor und bei den abschließenden Beratungen im Ausschuss umfänglich zur Lage in Sri Lanka vorgetragen. Der Asyllagebericht des Auswärtigen Amts zu Sri Lanka vom Februar 2008 lag zur Einsicht beim Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vor. Zur Vorbereitung der abschließenden Beratungen fand am 14. März 2008 ein Berichterstattergespräch unter Beteiligung der Bundesregierung statt.

Als Ergebnis der Beratungen wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 16/4203 abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/4427 wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

II. Zur Begründung

Die **Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD** verweisen darauf, dass der Ausschuss sich über Monate intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt habe. Auch das Bundesministerium des Innern (BMI) habe sich intensiv für eine sachgerechte, differenzierte Lösung in Gestalt eines partiellen Abschiebestopps für Tamilen aus dem Norden und Osten der Insel eingesetzt. Bedauerlicherweise sei die Innenminis-

terkonferenz (IMK) dem nicht gefolgt. Dies müsse man hinnehmen. Man könne nur abwarten, ob sich die Länderminister zu einem späteren Zeitpunkt doch von den Argumenten des BMI überzeugen ließen. Es sei aber gelungen, eine Einstellung der Widerrufsverfahren zu erreichen. Da die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende getan habe, sei dem Inhalt der Anträge im Wesentlichen entsprochen worden.

Auch die **Fraktion der FDP** äußert ihr Bedauern darüber, dass die IMK sich entgegen den Empfehlungen des BMI nicht einmal auf einen partiellen Abschiebestopp habe einigen können. Die Situation im Land habe sich nicht verbessert, die Tamilen seien im ganzen Land bedroht. Man unterstütze daher die Intention der Anträge, auch was einen generellen Abschiebestopp betreffe. Die Furcht vor einem „Pull-Effekt“ sei nach neuesten Zahlen aus anderen europäischen Ländern, die einen solchen Stopp verfügt hätten, unbegründet.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärt, sie sei enttäuscht über die Ergebnisse der IMK, die den Anliegen der Antragsteller kaum entgegengekommen sei. Ihre Fraktion werde angesichts der dramatischen Lage in Sri Lanka an den Forderungen aus ihrem Antrag uneingeschränkt festhalten. Ein genereller Abschiebestopp sei nötiger denn je. Das immer wieder dagegen vorgebrachte Argument, dies werde einen „Pull-Effekt“ auslösen, sei auch durch Zahlen aus den Niederlanden widerlegt. Trotz generellen Abschiebestopps habe man dort außerordentlich niedrige Asylbewerberzahlen aus Sri Lanka.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bedauert, dass die IMK keine Entscheidung über einen Abschiebestopp getroffen habe. Ohnehin halte man einen partiellen Abschiebestopp für Tamilen aus dem Norden und Osten des Landes aber für nicht ausreichend. Auch nach dem Lagebericht des Auswärtigen Amts und der Einschätzung der Erkundungsmission des Bundesamts für Flüchtlinge und Migration seien die Tamilen im gesamten Land einem Generalverdacht ausgesetzt, der LTTE nahezustehen. Inländische Fluchtalternativen gebe es nicht. Die Fraktion halte daher ihre Forderungen aus dem Antrag aufrecht.

Berlin, den 23. April 2008

Der Innenausschuss

Hans-Werner Kammer Berichterstatter	**Rüdiger Veit** Berichterstatter	**Hartfrid Wolff (Rems-Murr)** Berichterstatter
Ulla Jelpke Berichterstatterin	**Josef Philip Winkler** Berichterstatter	



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333